



HESSISCHER LANDTAG

26. 02. 2019

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Hervorragende Sicherheitskennzahlen durch zielgerichtete Investitionen und klare Prioritäten in der Sicherheitspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht, dass ein Leben in Sicherheit und Freiheit ein Grundbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger ist und deshalb in Hessen oberste Priorität hat. Das Vertrauen der Menschen in den Staat und seine Institutionen hängt in hohem Maße davon ab, ob sich die Menschen sicher fühlen. Diese Voraussetzungen sind gewährleistet, denn Hessen ist eines der sichersten Länder. Unsere Sicherheitsbehörden treten für die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger ein und verteidigen so unsere freiheitliche und offene Gesellschaft. Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, wurden die hessischen Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht gestärkt.
2. Die Investitionen in die hessischen Sicherheitsbehörden in rechtlicher, sachlicher und personeller Hinsicht spiegeln sich nicht zuletzt in den objektiven Sicherheitskennzahlen des vergangenen Jahres wider. Die Gefahr, in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, ist so gering, wie seit 40 Jahren nicht mehr. Nach einem Rückgang um fast 9 Prozent im vorletzten Jahr, ist die Anzahl der Straftaten in Hessen auch im vergangenen Jahr noch einmal um rund 1 % auf den niedrigsten Wert seit 40 Jahren gesunken. Mit genau 372.798 Straftaten wurden noch einmal 2.834 Fälle weniger gezählt als noch im Vorjahr. Und die Kriminalitätsbelastung ist mit 5.971 Straftaten pro 100.000 Einwohner ebenfalls weiter gesunken. 2017 waren es noch 6.039 Straftaten pro 100.000 Einwohner.
3. Der Landtag ist stolz auf die erfolgreiche und engagierte Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in Hessen, die im Jahr 2018 insgesamt 64,2 % der Straftaten aufklären konnten. Das ist eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum und der beste Wert seit Beginn der heutigen Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 1971. Besondere Erfolge konnten durch die hessische Polizei bei der Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen sowie bei der Straßen- und Jugendkriminalität erreicht werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass die innere Sicherheit in Hessen bereits heute umfassend und ganzheitlich betrachtet und gewährleistet wird. Die hessischen Sicherheitsbehörden arbeiten mit modernen, innovativen Ermittlungsmethoden und den angemessenen, stetig an die aktuellen Herausforderungen angepassten Rahmenbedingungen.
5. Besonders hervorzuheben sind neben der historischen Einstellungsoffensive, dank der es im Jahr 2022 mit 15.290 Polizeivollzugsstellen so viele Polizeibeamtinnen und -beamte wie nie zuvor geben wird, die Anstrengungen der Landesregierung zur Ausbezahlung der Mehrarbeitsstunden in den vergangenen Jahren. In der zurückliegenden Legislaturperiode wurden 1,94 Mio. Stunden mit insgesamt fast 40 Mio. € vergütet (38,7 Mio.). Dies hat einen wichtigen Beitrag zur Motivation der Beamtinnen und Beamten geleistet.
6. Der Landtag stellt fest, dass auch die materielle und technische Ausstattung in den vergangenen Jahren noch einmal deutlich verbessert wurde. Neben hohen Investitionen in Schutzausrüstungen für die Beamtinnen und Beamten wird beispielsweise mit der Body-Cam, mit Distanz-Elektroimpulsgeräten (sog. Tasern) sowie einem neuen Messenger-Dienst modernste technische Ausstattung bereitgestellt.
7. Neben der konsequenten Aufklärungsarbeit durch die hessische Polizei und der effektiven Verfolgung von Straftaten durch eine leistungsfähige Justiz ist die umfassende und langfristig angelegte Präventionsarbeit ein Kernbereich hessischer Sicherheitspolitik. Der

Landtag begrüßt, dass die polizeiliche Prävention mit rund 1,3 Mio. € pro Jahr auf einem hohen Niveau fortgeführt wird. Besonders hervorzuheben ist das Kommunalprogramm Sicherheitssiegel (KOMPASS), mit dem das Land - gemeinsam mit den Kommunen - die Sicherheitsarchitektur in Städten und Gemeinden durch maßgeschneiderte und passgenaue Sicherheitslösungen vor Ort weiterentwickelt. Die Haushaltsmittel zur Intensivierung der Extremismusprävention wurden im Doppel-Haushalt 2018/2019 um eine halbe Million Euro auf nun 5,7 Mio. € erhöht.

8. Der Landtag betont, dass die Bemühungen der vergangenen Jahre auch in Zukunft zielgerichtet weitergeführt und stetig weiterentwickelt werden müssen. In diesem Sinne wird ein Sicherheitsbeirat beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport mit Experten aus Sicherheitsbehörden, Verwaltung, Politik, Justiz, Gesellschaft und Wissenschaft eingerichtet werden. Neben der Beschäftigung mit aktuellen Sicherheitsfragen soll sich das Expertengremium auch mit der Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beschäftigen.
9. Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist ein objektives und seit Jahrzehnten anerkanntes Instrument, mittels dessen sich Kriminalitätsentwicklung für das gesamte Bundesgebiet vergleichbar messen lässt. Eine eigene Dunkelfeldstudie für Hessen würde keinen signifikanten Mehrwert zur Kriminalitätsbelastung leisten. Zudem würde die Vergleichbarkeit mit anderen Ländern fehlen, die gerade eine der Stärken der Polizeilichen Kriminalstatistik ist. Der Landtag begrüßt, dass im Rahmen der Initiative KOMPASS in kleinen regionalen Bereichen Befragungen durchgeführt werden, um das subjektive Kriminalitäts- und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu analysieren und die möglichen Maßnahmen genau auf die Kommune und ihre Bedürfnisse anzupassen.
10. Der Landtag begrüßt, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik regelmäßig weiterentwickelt und verbessert wird. Unter anderem sollen Angriffe auf diejenigen, die tagtäglich für die Gesellschaft eintreten, in der Polizeilichen Kriminalstatistik bundesweit erfasst werden. Auch Straftaten, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Gegenstand haben, sollen gesondert in der Polizeilichen Kriminalstatistik abgebildet werden.
11. Der Landtag ist besorgt über die steigenden Zahlen von Übergriffen auf Polizeibedienstete in Hessen. 2018 wurde mit fast 4.000 Fällen ein trauriger und nicht zu tolerierender Höchststand erreicht. Der Landtag spricht allen Betroffenen, die im Dienst verletzt worden sind, sein Mitgefühl aus und verurteilt Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, auf Feuerwehrleute und Rettungskräfte aufs Schärfste. Respekt gegenüber denen, die andere schützen, sollte selbstverständlich sein und muss von allen Demokratinnen und Demokraten gelebt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. Februar 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)